

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-000855/2012
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

**Nikolaos Chountis (GUE/NGL), Cornelis de Jong (GUE/NGL), Cornelia Ernst (GUE/NGL),
Jürgen Klute (GUE/NGL), Jean Lambert (Verts/ALE), Baroness Sarah Ludford (ALDE), Katarína
Nevedálová (S&D) und Helmut Scholz (GUE/NGL)**

Betrifft: Anhaltender Verdacht auf Verstöße gegen das Chemiewaffenübereinkommen durch das türkische Militär

Über die letzten fünf Jahre hinweg wurde das türkische Militär verdächtigt, im Kampf gegen die kurdische Guerilla PKK wiederholt illegal Chemiewaffen eingesetzt zu haben. Diese Verdachtsfälle, insbesondere der mutmaßliche Tod von 36 kurdischen Kämpfern durch den Einsatz von CS-Gas zwischen dem 22. und 24. Oktober in Kazan Vadesi (in der Nähe von Cukaca, Provinz Hakkari), haben die Spannungen zwischen den Türken und Kurden verschärft. Es ist erwiesen, dass das türkische Militär im Jahr 1999 verbotene Chemiewaffen eingesetzt hat, dass es sie zu Trainingszwecken verwendet hat und dass Führungskräfte des türkischen Militärs in der Vergangenheit den Befehl zu deren Verwendung erteilt haben. Ebenso ist es erwiesen, dass die Türkei bis 2010 verbotene Chemiewaffen gelagert und zum Kauf angeboten hat. Es gibt keine Dokumentation bezüglich der Zerstörung dieser Waffen. Andererseits haben die türkischen Behörden auf eine nicht kooperative Weise auf Initiativen reagiert, die weitere Untersuchungen zum Ziel hatten.

1. Verfügt die Kommission über irgendwelche Informationen zu Erkenntnissen über Verstöße gegen das Chemiewaffenübereinkommen durch das türkische Militär?
2. Hat die Kommission versucht, sich von den türkischen Behörden Klarheit über Erkenntnisse hinsichtlich der Lagerung und des Einsatzes von verbotenen Chemiewaffen zu verschaffen?
3. Betrachtet die Kommission die Wahrung des Chemiewaffenübereinkommens als bindende Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Verhandlungskapitel?
4. Bestätigt die Kommission die Notwendigkeit für die türkischen Behörden, umfassende und unabhängige Untersuchungen der beschriebenen Verdachtsfälle zuzulassen?

DE

E-000855/2012

**Antwort von Herrn Füle
im Namen der Kommission**

Die Kommission ist angesichts des Verdachts des Einsatzes von Chemiewaffen in den vergangenen Monaten äußerst besorgt und hat das Thema gegenüber den türkischen Behörden angesprochen. Während der Gespräche auf Arbeitsebene Anfang Dezember 2011 hatte die Türkei mitgeteilt, dass eine Untersuchung eingeleitet worden sei und die Leichname der bei den Zusammenstößen getöteten PKK-Mitglieder gerichtsmedizinisch untersucht würden. Die Kommission wird die Angelegenheit jedoch weiterhin aufmerksam verfolgen.

Hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei weist die Kommission darauf hin, dass sie gemäß dem 2005 von den Mitgliedstaaten vereinbarten Verhandlungsrahmen sowie im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates von Dezember 2006 stattfinden.